

(Präsident.)

- (A) Amtsdauer der Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern betreffend.

Präsident: Die Ständische Schrift ist auszufertigen.

(Nr. 910.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition des Pfarrers R. Neubert und Genossen in Zwickau um Einführung des Biermonopols im Königreiche Sachsen.

Präsident: Zu den Akten.

(Nr. 911.) Königliches Dekret vom 5. Oktober 1917 zu dem Entwurf eines Gesetzes über die anderweite Gewährung einer außerordentlichen Aufwandsentschädigung an die Mitglieder der Ständeversammlung.

Präsident: Kommt auf eine Tagesordnung, und zwar morgen.

(Nr. 912.) Königliches Dekret vom 5. Oktober 1917 zum Entwurf eines Gesetzes über die Geltungsdauer des Gesetzes, enthaltend ein vorläufiges Verbot der Veräußerung von Kohlenbergbaurechten und einiger hiermit zusammenhängender Handlungen vom 10. November 1916.

Präsident: Kommt zur Vorberatung auf eine Tagesordnung.

Ehe wir in die heutige Tagesordnung eintreten, will ich die Tagesordnung für morgen bekanntgeben, damit diese gedruckt werden kann. Für morgen beraume ich die Sitzung auf 11 $\frac{1}{4}$ Uhr an und setze auf die Tagesordnung:

- (B)
1. Allgemeine Vorberatung über das königliche Dekret Nr. 52 zu dem Entwurf eines Gesetzes über die anderweite Gewährung einer außerordentlichen Aufwandsentschädigung an die Mitglieder der Ständeversammlung.
 2. Interpellation der Abgeordneten Göpfert, Nixschke (Leuschke), Dr. Seyfert und Genossen, die Belieferung Sachsens in Kartoffeln im Erntejahr 1917/18 betreffend. (Drucksache Nr. 419.)
 3. Interpellation des Abgeordneten Andra und Genossen, die Enteignung von Nutzvieh zu Schlachtzwecken usw. betreffend. (Drucksache Nr. 470.)
 4. Interpellation des Abgeordneten Castan und Genossen, Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Sachsens betreffend. (Drucksache Nr. 482.)
 5. Allgemeine Vorberatung über den Antrag der Abgeordneten Günther, Koch und Genossen, die Volksernährung usw. betreffend. (Drucksache Nr. 476.)
 6. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition der Dresdner Milchversorgungsanstalt, e. G. m. b. H. zu Dresden, die Einwirkung des Krieges auf die großstädtische Milchversorgung betreffend. (Drucksache Nr. 413.)

Ich setze voraus, daß die Kammer damit einverstanden ist, daß wir die Punkte 2 bis 6, die Ernährungsfragen betreffen, zu einer Debatte zusammenfassen, daß also, falls zu den verschiedenen Interpellationen die Besprechung beantragt und beschlossen werden sollte, diese vereinigt wird mit der Debatte über die beiden letzten Anträge.

Die Kammer ist damit einverstanden.

Wir treten nunmehr in die heutige Tagesordnung ein.

Punkt 1: Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Dr. Seyfert und Genossen, Maßnahmen gegen die Verminderung des selbständigen Bauerntums betreffend. (Drucksache Nr. 396.)

Das Wort hat der Antragsteller, Herr Abgeordneter Dr. Seyfert.

Abgeordneter Dr. Seyfert: Meine Herren! Am 5. Februar 1914 haben wir zwei Anträge besprochen — der eine war von der konservativen Fraktion gestellt, der andere von meinen Parteifreunden —, die darauf hinausliefen, es möchte die Regierung Maßnahmen treffen, um den selbständigen Bauernstand in Sachsen zu erhalten und seinen Bestand zu fördern. Die Regierung hat damals, um nur den Kern der Sache herauszuheben, geantwortet, daß sie mit dem Ziele der beiden Anträge einverstanden sei, daß ihr aber eine Notwendigkeit, Maßnahmen zur Verhütung der Zurückdrängung des bäuerlichen Besitzes zu ergreifen, vorderhand nicht vorzuliegen scheine. Sie sagte ausdrücklich, für die Vermutung, daß sich die Grundeigentumsverteilung in Sachsen verschlechtere, daß insbesondere der bäuerliche Besitz zurückgedrängt werde, lägen keine Anzeigen vor. Zum Schluß aber verspricht der Herr Minister, er werde die angeregte Frage im Auge behalten und sie wenigstens in den von der Auffaugung am meisten betroffenen Bezirken weiter verfolgen.

Meine Herren! Als wir den Antrag begründeten, sagte ich, er sei notwendig, weil die deutsche und damit die sächsische Landwirtschaft so gestellt werden müsse, daß sie die Volksernährung aus eigener Kraft heraus sichere. Wer hätte damals gedacht, meine Herren, daß die Sorge, die uns zu unserem Antrage brachte, so bestätigt werden sollte, wie es in dem Kriege geschehen ist!

(Abgeordneter Nixschke [Leuschke]: Sehr richtig!)

Meine Herren! Wir danken der deutschen Landwirtschaft, daß sie es uns ermöglicht hat, in diesen drei schweren Jahren durchzuhalten; wir verdanken das vor allen Dingen